

**Gegenstand: Haushalte 2020 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung - Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppierungen - Beschlussfassung**

**Haushaltsrede CDU - Dr. Wilke**

Herr Dr. Wilke signalisiert vorab überwiegende Zustimmung der CDU zum Haushaltsentwurf, möchte aber eigene Ideen der Fraktion einfließen lassen.

Gute Standortdaten begründen das gute Rechnungsergebnis des vergangenen und voraussichtlich auch des laufenden Jahres. Durch die Sperrung der Salierbrücke sieht er diese gefährdet, weshalb er an das RP Karlsruhe zur Forcierung appelliert. Gleichwohl sieht er Infrastrukturdefizite, z.B. an Schulen, die dank des KI 3.0 gemildert werden können; dazu richtet er den Appell an das Land, den Zeitrahmen für die Umsetzung nicht zu eng zu stecken. Begrüßt werden auch Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen wie die Umgestaltung des Heinrich-Lang-Platzes und der Platzes der Stadt Ravenna

Hinsichtlich der Radverkehrsinfrastruktur **beantragt die CDU** eine Erhöhung des Ansatzes um 75.000 € auf 150.000 €. Dringlich sei auch die Ertüchtigung der Bahnübergänge durch die Deutsche Bahn AG.

Digitale Stadt Speyer, der Ausbau der Glasfaseranschlüsse, eine Teilnahme am ersten Digitaltag am 19.6.2020, Wohnungsbau und Gewerbeflächenentwicklung sind weitere Schwerpunktthemen. Der Eintritt in die Flächennutzungsplanung Kaserne/Pionierquartier sei der richtige Weg. Erschwingliches Wohnen am Mausbergweg und Gemeinschaftliches Wohnen auf dem Sportplatz der ehem. Normand-Kaserne seien ebenfalls dringlich. Man erwartet eine Machbarkeitsstudie dazu bis Ende des Jahres.

Die Übernahme des „Tor zur Pfalz“ durch Stadt oder GEWO und die Erhaltung des Industriebhofes für Kleingewerbe sowie der lokale Klima- und Umweltschutz sind weitere wichtige Themen. Mehr Geld für den Fahrradverkehr und der S-Bahn-Halt Süd sind für den Klimaschutz notwendig. Das Warten auf den Erörterungstermin bezeichnet die CDU als Skandal. Es geht ein Appell an die SWS zur Prüfung einer Mobilitäts-Flatrate nach Augsburger Muster. Zudem wird der Evaluationsbericht zum Klimaschutzmanagement erwartet. Kritik wird daran geübt, dass sich die EBS nach CDU-Ansicht nicht im geforderten Maß um die Ausbaustufe 4 der Kläranlage kümmert.

Die von der CDU durch Herrn Rottmann eingebrachten Änderungswünsche haben zu einer Minderung des Defizits geführt. Von den in dem zusätzlichen Antrag der CDU vom 03.12.2019 beantragten 2,673 Mio. € wurden 2.072 Mio. € umgesetzt. Daher habe sich der Antrag erledigt. Die Aussagen aus Trier zur Ablehnung des Haushalts werden kritisch kommentiert. Die CDU werde die Fördermittel für Sport, Kultur und Soziales „mit Zähnen und Klauen“ verteidigen.

**Haushaltsrede SPD – Walter Feiniler**

Die SPD werde den eingeschlagenen Modernisierungskurs tatkräftig unterstützen. Die Konsolidierung dürfe aber nicht zu Lasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen; die Verwaltung stehe auch in Konkurrenz mit privaten Arbeitgebern und muss attraktiv bleiben.

Dem Rechnungshof stehe es nicht zu, sich in die kommunale Selbstverwaltung einzumischen. Die neue Linie konterkariere die Förderprogramme des Landes. Kritik übt die SPD an der Schaffung von zwei neuen Beigeordnetenstellen, weshalb eine Anfrage an die Stadt zur Vollkostenrechnung der erforderlichen Aufwendungen, einschließlich der Räume

und Sekretariate, angekündigt wird. Es wird an das Verhalten der SWG bei der bisherigen Verantwortung für den Haushalt erinnert, bei dem immer „Sparen“ gefordert wurde.

Begrüßt werden Aufwendungen für den digitalen Service und die kommunale digitale Agenda, die in Zusammenarbeit mit der Universität entsteht. Auch Investitionen für die Feuerwehr stehen im Fokus, um die Standortsuche nach 5jährigem hin und her endlich abschließen zu können.

Die MRN hat aus Sicht der SPD ein Verkehrsproblem. Der Mobilitätspakt durch den VRRN kommt zu spät. Man spricht sich ebenfalls für die Erhöhung des Drucks auf das RP KA aus; der runde Tisch zur Brückensperrung wird kritisch gesehen. Die SPD kündigt daher den Antrag zu einer weiteren Rheinquerung in der Nähe von Speyer an. Erinnert wird an die 3. Rheinquerung bei Altrip, die der grüne Kooperationspartner verhindert. Pendler, die auf das Auto angewiesen sind, werden mit Rad- oder Bahnbrücken nicht erreicht. Die SPD wendet sich gegen eine Herauslösung der Verkehrsplanung aus dem Bauwesen und fordert eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bau- und Verkehrsausschuss. Erinnert wird auch an den Auftrag zur Einrichtung eines Containerterminals in Hafen. Gewünscht wird zudem eine andere Stellplatzpolitik in den Kernbereichen der Stadt, jedoch keine Verbotspolitik oder Verteuerung. Für 2020 wird eine Initiative zur Einrichtung von Frauentaxis angekündigt.

Hinsichtlich der Naherholungsbereiche wird eine Vernetzung von grünen Erholungsflächen, z.B. auch mit dem Rheinufer, am Beispiel Germersheim angeregt. Hinsichtlich des Hochwasserschutzes wird ebenfalls ein Antrag angekündigt.

Die SPD fordert eine Deckelung der Mieten bei der GEWO zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum. Bauprojekte am Haus Pannonia und westlich der Kurpfalzkasernen sollten geprüft werden. Im Pionierquartier mit evtl. Gartenschau sieht man eine Chance der interkommunalen Zusammenarbeit. Auch Stiftungs-Krankenhaus und Königsplatz sollten als gemeinsames Projekt gesehen werden

Schulsozialarbeit müsste deutlich mehr vom Land gefördert werden. Die SPD Speyer tritt gegen Kinderarbeit und für den Erhalt des Familienzentrums West ein. Er stellt den **Antrag**, dafür eine Fachkraft aus dem FB 4 zusätzlich bereitzustellen; dazu sollten auch Landesprogramme genutzt werden. Der Altersarmut muss entgegengewirkt werden. Die Grundrente ist ein erster Schritt dazu. Die Armutgefährdung im Alter sei kein Ruhmesblatt für die Stadt. Die Angebote u.a. des Seniorenbüros sollten ausgebaut werden.

Klimaschutz ist eine Jahrhundertaufgabe, die jedoch nicht durch Erzwungung von Verzicht zu Lasten Geringverdienender erfolgen dürfe, um eine weitere Polarisierung zu vermeiden.

Die SPD stimmt dem Haushaltsplan mit der Einschränkung Flugplatz und S-Bahn-Halt Süd zu.

### **Haushaltsrede Grüne – Irmgard Münch-Weinmann**

Die Rede steht unter dem Thema Klimawandel in der Stadt. Ein sehr gutes Wahlergebnis bei der Kommunalwahl zeigt die Wichtigkeit für die Bevölkerung. Dabei setzt man auf zukunftsorientierte Zusammenarbeit durch Kooperation.

Grünes Ziel sei die Chancengleichheit in einer modernen Gesellschaft. Dabei wird auf den Teilhaushalt Soziales verwiesen, der einen enormen Zuschussbedarf von 60 Mio. € ausweist. Die Grünen wenden sich gegen eine Instrumentalisierung von Gewalt gegen Frauen durch rechtsextreme Gruppen und fordern ein Integrationskonzept wie in Frankenthal.

Der Armut- und Reichtumsbericht ist endlich geschafft. Vor allem in Süd und Nord sind dabei Probleme von alleinerziehenden Müttern zu beobachten. Das Kulturparkett wird als

Musterbeispiel für Zusammenarbeit zwischen haupt- und ehrenamtlich Tätigen erwähnt. Man hat sich in der Schaffung des Integrationsbetriebs am Friedhof eingebracht und hält das auch für das Tor zur Pfalz für realisierbar. Gefordert wird die Prüfung der Unterstützung von Vereinen, die sehr viel ehrenamtlich für Integration und Inklusion leisten.

Der Klimanotstand wurde ausgerufen. Nach Ansicht der Grünen ist es 5 nach 12, was ein sofortiges Reagieren erforderlich macht, auch in Zeiten eines nicht ausgeglichenen Haushalts.

Das beschlossene Wohnraumkonzept schafft gute Voraussetzungen; dabei sollte aber das gemeinschaftliche Wohnen stärker in den Fokus rücken. Die Sozialquote für Wohnanlagen wird begrüßt. Verbesserungswürdig sei die Unterstützung von wohnungslosen Menschen.

Grünes Ziel sei es auch, den Flächenverbrauch zu reduzieren, daher gibt es eine kritische Sicht auf die Entwicklung des Pionierquartiers. Die Lösung der Probleme von Müllabfuhr und Feuerwehr steht noch offen. Nach 5 Jahren stehe man, nach bisheriger Beschlussfassung gegen die Stimmen der Grünen, dort wieder bei null.

Die Grünen fordern, Alternativen zu teuren Software-Lizenzen im Digitalausschuss zu suchen. Außerdem soll nachhaltige Mobilität durch Radverkehr und ÖPNV gefördert werden. Deshalb wird die Prüfung eines 365 €-Tickets vorgeschlagen. Ein autoverkehrsarmes und ruhiges Speyer sei das Ziel. Man freut sich auf die Gilgenstraße als attraktive Fahrradstraße. Der Ausbau der Hafenstraße wird durch die Bevorzugung des Autoverkehrs als zu teuer kritisiert.

Hinsichtlich des Stadtwaldes schlagen die Grünen eine Begrenzung des Einschlags auf 3.500 Festmeter vor. Ziel soll sein, nur noch Sicherungsmaßnahmen und keinen Holzeinschlag mehr vorzunehmen. Der Forstbetrieb ist trotz Holzverkauf hoch defizitär. Das Forstwirtschaftswerk sollte in 5 Jahren überprüft werden.

Nachhaltigkeit ist auch beim Feiern notwendig. Der Weihnachtsmarkt sei nicht nachhaltig, weshalb nächstes Jahr mehr nachhaltige Produkte angeboten und auf Plastikverpackungen verzichtet werden soll. Gefordert wird zudem ein Spülmobil im Haushalt und die Entwicklung einer Nachhaltigkeitsbilanz 2020.

Bündnis 90/Die Grünen stimmen dem Haushalt zu

### **Haushaltsrede SWG – Sandra Selg**

Es tritt ein, was die SWG schon immer befürchtet hat; die ADD kündigt an, den Haushalt wegen Verstoß gegen das Ausgeglichenheitsgebot nicht zu genehmigen. Dabei wird die SWG dem Haushaltsentwurf dieses Jahr zustimmen.

Die SWG sieht nicht die alleinige Verantwortung der Verwaltung für den defizitären Haushalt. Positiv sei die Reduzierung der Liquiditätskredite zu vermerken. Die Defizite sind auf ein Minimum zu reduzieren, mit dem Ziel, 2025 einen ausgeglichenen Haushalt zu haben. Dabei muss ein kritischer Blick auf die freiwilligen Ausgaben erfolgen. Man stimmt defizitären Ausgaben zu, wenn es der Verbesserung der Lebensverhältnisse dient. Bei Pflichtausgaben ist abzuwägen. Die SWG wendet sich aber nach wie vor gegen eine Realisierung des S-Bahn-Haltes Süd.

Niederschwellige Sozialarbeit muss immer stattfinden, braucht aber eine verlässliche Grundfinanzierung. Auch Feuerwehr muss immer vorgehalten werden. Die SWG fordert, das Konnexitätsprinzip zu beachten, um eine auskömmliche Finanzierung sicherstellen. Auch der steuerliche Querverbund muss erhalten bleiben; die bevorstehende EUGH-Entscheidung könnte Einrichtungen wie das Bademaxx unmöglich machen.

Die von der SWG geforderte ehrenamtliche Beigeordnetenstelle kann Mehrkosten bei der Digitalisierung verhindern. Das Beispiel Lüftungsanlage im Alten Stadtsaal beweist, dass eine Vergrößerung des Stadtvorstandes Entlastung durch Aufgabenverteilung schaffen könnte. Schuldzuweisungen an den Amtsvorgänger durch die SPD werden als unanständig bezeichnet.

Es gelte für den Stadtvorstand, die Mehrheitsentscheidung des Rates zur Änderung der Hauptsatzung zu achten. Stadtrat und OB regieren die Stadt gemeinsam, was Kooperation erfordert. Die Digitalisierung sei die wichtigste Herausforderung des 21. Jahrhunderts, mit entsprechender Erwartungshaltung der Bevölkerung. Ein CDO sei das Gesicht der Digitalisierung.

*„7 auf einen Streich“:*

1. Der SWG „stinkt“, dass für marode Schultoiletten nicht alle Förderanträge gestellt wurden.
2. VRN-Nextbike: bereits vor 4 Jahren hatte die SWG dazu eine kritische Einstellung. Künftig werden pro Fahrradausleihe 11,40 € Zuschuss fällig. Bürger der Stadt, wollt ihr das?
3. Salierbrücke: die Bauzeitverlängerung ist eine Frechheit und Provokation. Es wird an die Verantwortlichen appelliert, mit dem Dienstwagen zur Berufsverkehrszeit nach KA zu fahren und die Parteifreunde aus MZ gleich mitzunehmen.
4. Adenauerpark: Die SWG hat der ursprünglichen Umgestaltung nicht zugestimmt, nun ist im Haushalt gar nichts mehr dafür vorgesehen.
5. Postplatz: für das Herzensprojekt der SWG muss endlich ein Verkehrskonzept und eine Überplanung des Platzes erstellt werden
6. KVD und die mobile Jugendarbeit, Lärmbeschwerden an der Alla-hopp-Anlage und am Spielplatz Eselsdamm: es wurde eine sukzessive Steigerung des KVD-Personals angekündigt. Die SWG **beantragt** eine Berichterstattung in einer der nächsten Ratssitzungen dazu; ebenso zur aufsuchenden Sozialarbeit.
7. Industriebhof: die Erhaltung der Struktur des Industriebhofes ist wohl geschafft. Folgen muss eine behutsame Weiterentwicklung als urbanes Gebiet, auch in Richtung Wohnraum.

### **Haushaltsrede AfD – Benjamin Haupt**

Bemerkenswert sei einleitend, dass es der Speyerer Haushalt schon in die Presse geschafft hat, bevor er überhaupt beschlossen wurde.

In der OB-Rede werde in typischer SPD-Manier über die mangelnden Möglichkeiten geklagt - willkommen im wirklichen Leben! Offenbar hat die Verwaltung 10 Mio. € über die Möglichkeiten hinaus geplant. Die AfD fordert, nur noch zwingende Ausgaben zu tätigen und die Defizite damit so gering wie möglich zu halten. Die Frage, ob ein Fehlbetrag von 10 Mio. € so gering wie möglich sei, beantwortet die AfD mit nein, weshalb sie den Haushaltsentwurf auch ablehnen wird.

Dessen ungeachtet sind Kommunen von Bund und Land für die Ausführung von Auftragsangelegenheiten auskömmlich zu finanzieren.

Es wird die Frage aufgeworfen, wohin gehen die Gelder, die den sogenannten „Bündnissen“ ohne Rechenschaftsbericht zur Verfügung gestellt werden. Hier kann aus Sicht der AfD der Rotstift angesetzt und der Ansatz auf Null gesetzt werden.

Kritisiert wird auch, dass an den Schulsekretariaten offenbar mit unterschiedlichen Maßen gemessen wird. Der Sekretariatsbedarf in der Zeppelinhschule wird anders gesehen als bei Pestalozzischule; hier stellt sich die Frage nach Stellenbemessung und Stellenbewertung.

Bei vielen Produkten im Haushaltsplan fehlen die Grundzahlen. Es wird hinterfragt, warum dies so ist.

Ebenso stellt sich seitens der AfD die Frage, ob beim Ausbau Lauergasse eine teure Variante gewählt wurde, weil da bekannte Gewerbetreibende wohnen, während die Sportförderung zu kurz kommt.

### **Haushaltsrede FDP – Mike Oehlmann**

Die diesjährige Haushaltsrede zu halten sei eine Ehre, aber keine Freude.

In ihrer Haushaltsrede habe die OB zwar keine metaphorischen Bilder wie der Vorgänger bemüht, sondern die nackten Tatsachen dargelegt, richtungsweisende Entscheidungen fehlten aber auch diesmal. Ein Besuch bei den SPD-Fachministerien in Sachen Konnexität wird für sinnvoll gehalten!

Trotz aller Bemühungen ist ein Ausgleich des Haushaltsplanes in weiter Ferne. Dabei besteht derzeit eine gute Wirtschaftslage, die nicht immer ein Verdienst der Stadtpolitik ist. Positives Beispiel sei die Entwicklung der Nachtweide, allerdings fehle die Ausweisung weiterer Gewerbegebiete. Die FDP fordert eine Reaktivierung der WES und Forcierung der städtischen Wirtschaftsförderung. Die von der Stadt geschätzte Entwicklung der Gewerbesteuer von + 120 % wird in Frage gestellt, da eine Basis dafür nicht erkennbar sei. Das Projekt Pionier Quartier ist die letzte Chance für Speyer, sich wirtschaftlich nennenswert zu erweitern. Dabei darf kein zweites Pleiad geschaffen werden.

Der Industriebhof muss für Gewerbe erhalten werden, durchaus im Rahmen einer urbanen Mischnutzung. Dann ist der Entwurf auch für die FDP zustimmungsfähig und sollte zügig umgesetzt werden. Gefragt wird nach der strategischen Ausrichtung der Wirtschaftsförderung und der WES. Deren Gründung erfolgte zur Verhinderung von Fehlentwicklungen auf dem Pleiad-Gelände, allerdings zu spät. Danach wurde die Gesellschaft ins Koma gelegt. Die Erwartungen an die Zusage einer Reaktivierung sind hoch. Vergleichbare Nachbarkommunen sind dabei nicht nur um ein paar Weichen, sondern um ganze Stellwerke voraus. Auch der Stellenplan wird kritisch gesehen. Es ist eine Verzahnung zwischen Verwaltung und Wirtschaft zur Förderung von Synergien erforderlich.

Haushalterisch ist eine Notfallvorsorge für das Ende der Niedrigzinsperiode nicht erkennbar. Der erhebliche Personalaufwuchs wird lapidar mit zusätzlichen Aufgaben und deren Wahrnehmung begründet.

Die FDP appelliert an die Kooperation, sich mit dem Tor zur Pfalz nicht der Illusion einer Perle auf der Maximilianstraße hinzugeben und dem essentiellen Geschäft der Daseinsvorsorge einer Kommune zuzuwenden. Studentenwohnheim und Gastronomie gehören nicht dazu.

Der Sparwillen der Kooperation wird durch die Schaffung von neuen hauptamtlichen Beigeordnetenstellen mit den entsprechenden Personal- und Versorgungsaufwendungen, die an anderer Stelle viel sinnvoller eingesetzt werden könnten, grundsätzlich in Frage gestellt.

Pendler und Berufsverkehr sind Opfer der fehlerhaften Verkehrsplanung der Vergangenheit. Aus Sicht der FDP ist eine 3. Rheinquerung erforderlich. Zudem wird nach wie vor eine Parkraumschaffung am Stadtrand mit Shuttlezubringerverkehr gefordert. Der Postplatz ist als Eingangstor zur Innenstadt ein Kernstück; es muss hinterfragt werden, ob man dort überhaupt noch Verkehr haben will. Auch die Bemühungen um die Gartenschau werden positiv bewertet. Für die Feuerwehrertüchtigung wurde bereits viel zu viel Geld und Ressourcen vergeudet; es ist gut, dass ein Neuanfang gestartet wird.

Die beste Investition sei in Bildung von der KiTa bis zum Ruhestand. Man sei stolz auf die Schulstadt Speyer und dafür auch bereit zur Ausgabe von Kosten. Allerdings wird Kritik an

der mangelhaften Beteiligung an den Schülerbeförderungskosten durch die Umlandgemeinden aus dem Kreis geübt.

Die Entwicklung des Eigenkapitals sei dramatisch. Die FDP richtet die Aufforderung an die Verwaltung, Ausgaben durch Einnahmen statt durch Kredite zu finanzieren.

Die FDP wird dem Haushalt wegen fehlender Perspektiven nicht zustimmen.

### **Haushaltsrede Linke Wolfgang Förster**

Die Linke kritisiert die schwarze Null und sieht einen massiven Investitionsstau in der Stadt. Die aktuellen Großbaustellen seien eine Folge der Versäumnisse in der Vergangenheit; als nächstes Projekt steht die Bahnüberführung in der Obere Langgasse auf dem Plan. Zur Finanzierung der Kommunen reicht die Übernahme der Ausgaben aus dem Sozialbereich und von Schulinfrastrukturmaßnahmen durch den Bund nicht aus. Kritisch gesehen wird auch, dass ein Abruf von Fördermitteln ohne Eigenanteil gar nicht möglich sei.

Der Einrichtung einer Digitalstelle steht die Fraktion positiv gegenüber. Erforderlich werden massive Investitionen in alternative Energien. Die Linke sieht im Haltepunkt Süd einen Beitrag zur Attraktivität des ÖPNV – aber am Standort Alte Schwegenheimer Straße; begründet wird dies mit den Baukosten und der Nähe zum Wohngebiet Vogelgesang.

Die frühkindliche Förderung ist wichtig für die Perspektive in der Zukunft, weshalb die Förderung des Familienzentrums unterstützt wird.

Es wird die Frage aufgeworfen, was die Stadt also daran hindert, die Maßnahmen durchzuführen – die neuen Richtlinien der ADD. Daher fordert die Linke Steuererhöhungen im Bereich Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer und Finanztransaktionssteuern, um die finanzielle Lage der Kommunen zu sichern.

Kein Verständnis hingegen hat man für die Aufblähung des Dezernatsapparates, wie insbesondere durch die SWG gefordert. Auf dem Stadtentwicklungssektor besteht keine Zuversicht, was die Zukunft des Industriebetriebes in der Hand eines privaten Investors angeht. Aus der Erfahrung heraus bleiben bei Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern hipper Lofts und Handwerksbetrieben immer die Betriebe auf der Strecke.

Die Linke lehnt den Haushalt trotz aller guten Ansätze ab.

Persönlich kündigt Herr Förster seinen Rücktritt vom Mandat zum Ende des Jahres nach langer aktiver Zeit in der Kommunalpolitik an.

### **Haushaltsrede BGS – Claus Ableiter**

Die BGS sieht zwei außergewöhnliche Entwicklungen im Haushalt der Stadt. Positiv sei der Austritt der Stadt aus dem Status der Sozialhilfe für Städte (vergleichbar den Aufstockern in der Grundsicherung) infolge besonderer Schlüsselzuweisungen durch hohe Steuermesszahlen.

Es wird klagend festgestellt, dass für die Schülerbeförderung auf doppelte Weise Finanzzuweisungen erfolgen, allerdings sei fraglich, ob dies trotzdem auskömmlich finanziert werde.

Die traurige Entwicklung sei, trotz inzwischen ähnlicher Zuweisungen wie in anderen Ländern, dass die RP-Kommunen mit ihren Steuersätzen immer noch deutlich unter dem Durchschnitt aller anderen Flächenländer liegen. Es kann also keine Rede davon sein, dass das Land die Kommunen ausnimmt. Es liegt in der Hand der Stadt selbst, ob man ein steuerliberaler Kleinstaat mit niedrigen Steuern und wenig Leistungen oder eben ein skandinavischer Kleinstaat mit umgekehrten Vorzeichen sein möchte. Die vorgebliche

Überraschung, wenn die ADD nun darauf besteht, dass die Stadt bestehende Gesetze einhält, kann nicht nachvollzogen werden. In Mannheim beispielsweise sind die Gewerbe- und Grundsteuersätze deutlich höher als in Ludwigshafen.

Die BGS würde Steuererhöhungen für die Bereiche Schul- und Bildungspolitik, Frauenhaus, Schulsozialarbeit, Feuerwehr oder S-Bahn-Halt zustimmen, nicht aber für eine Schnapsidee wie den Erwerb des Tors zur Pfalz für Millionen, auch wenn studentisches Wohnen angestrebt werde.

Im ÖPNV hält die BGS den Umstieg aus der vollen S-Bahn am Bahnhof von Großbussen auf Shuttles für nicht sinnvoll.

Der Ansatz der BGS wäre es, die Zahl der Gewerbesteuerzahler zu erhöhen, um Steuererhöhungen zu vermeiden. Am Beispiel Industriebau wird erläutert, wie luxuriöses Wohnen Gewerbesteuer verhindert und nur der Gewinnmaximierung der Investoren dient, bedingt durch die Ausweisung eines urbanen Gebietes, das Gewerbenutzung langsam ausbluten lässt.

Die BGS stimmt diesem Haushalt natürlich nicht zu.

### **Haushaltsrede WG Schneider – Matthias Schneider**

Einleitend wird aus den Haushaltsvorschriften zum ausgeglichenen Haushalt in Entwurf und Rechnungsergebnis zitiert. Die Haushaltsentwürfe der Stadt entsprechen dem nicht.

Die Aussagen der OB zur schwarzen Null unterstreichen, dass man sich im Haushaltsplan offenbar keine Mühe gegeben hat. Defizite sind nur für alternativlose Ausgaben zulässig. Der Haushaltsplan hingegen liest sich wie eine wünsch-dir-was-Liste für den Weihnachtsmann. Beispiele sind der Heinrich-Lang-Platz oder die Poller auf der Maximilianstraße. Zur Frage der Begründetheit dieser Poller wird erklärt: wenn der Islam wirklich so eine friedliche Religion ist, braucht man diese Poller nicht. Weitere Kritikpunkte sind der Bewegungspark Judomaxx und die Nextbike-Stationen, für die hunderttausende € ausgegeben werden.

Die fehlende Einsicht auf allen Entscheidungsebenen werde auch durch die völlig überzogene Aufstockung des Personals um 38 Stellen deutlich; für Digitalisierung sei diese noch einsehbar, sonst aber nicht. Als Beispiel für die verfehlte Personalpolitik wird die Gleichstellungsstelle angeführt, die in Wahrheit eine Privilegierungsstelle ist, weil sie sich nur um Frauen kümmert.

Die Prognose für das künftige Gewerbesteueraufkommen sei mehr als optimistisch. Der Rückgang in der Autoindustrie hat Wörth und Germersheim schon erreicht, auch die BASF kündigt den Abbau von mehreren 1000 Stellen an. Dies werde auch an Speyer nicht spurlos vorbeigehen.

Aus diesen Gründen lehnt die WG Schneider den Haushalt ab.

Nach den Haushaltsreden der Fraktionen und Gruppierungen sowie der Diskussion um rechtliche Grundsatzfragen fasst der Stadtrat folgenden

### **Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 9 Gegenstimmen: Fraktionen AfD, Die Linke, FDP sowie der Ratsmitglieder von BGS und WG Schneider):

Den von der Verwaltung vorgelegten Haushalten 2020 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung, einschließlich des Stellenplans, des Wirtschaftsplans der EBS und des Forstwirtschaftsplans wird zugestimmt.

In Ergänzung des von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplans werden auf Antrag der Kooperation von CDU-/SWG- und Grünen-Stadtratsfraktion aus der Haushaltsrede der CDU zusätzliche Mittel in Höhe von

- 75.000 € bei Produkt 54100 (Anlagen im Bau für Baumaßnahmen – Verbesserung Fahrradinfrastruktur) auf insgesamt 150.000 € veranschlagt.

Die SPD-Fraktion gibt zu Protokoll, dass sie – abweichend von der Zustimmung zum restlichen Entwurf – solche Teile des Haushalts ablehnt, welche den Verkehrslandeplatz Speyer betreffen; SPD- und SWG-Fraktion stimmen zusätzlich Aufwendungen im Zusammenhang mit dem S-Bahn-Haltepunkt Süd nicht zu.



**Gegenstand: Ausschreibung der Stelle des/der 2. hauptamtlichen Beigeordneten**  
**[Vorlage: 0178/2019](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die Vorberatung im Ältestenrat. Die Geschäftsbereichszuteilung ist noch vorbehaltlich der ÄR-Sitzung im Januar 2020.

Herr Ableiter bezeichnet eine Ausschreibung als seltsam, in der kein Geschäftsbereich definiert sei. Seitens der Verwaltung wird auf den Ausschreibungstext verwiesen, in dem die wesentlichen Aufgaben – vorbehaltlich möglicher Änderungen – dokumentiert sind.

Herr Dr. Wilke fragt nach den Fristen, die in der Vorlage mit xx gekennzeichnet sind. Er schlägt vor eine Besetzung zum 01.04.2020 und einen Bewerbungsschluss 1 Monat nach Ausschreibung.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Stelle im Stellenplan ausgewiesen ist und an sich nur vorbehaltlich der Genehmigung des Stellenplans besetzt werden kann. Daher schlägt sie die Formulierung vor: „voraussichtlich zum 01.04.2020“. Laut Verwaltung wäre eine Ausschreibung im Staatsanzeiger noch zum 23.12.2019 möglich; die Bewerbungsfrist könnte bis 31.01.2020 gelegt werden. Dem schließt sich der Rat mehrheitlich an.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 7 Gegenstimmen: Fraktionen AfD, Die Linke sowie der Ratsmitglieder von BGS und WG Schneider), die Stelle des/der hauptamtlichen Beigeordneten mit dem beiliegenden Ausschreibungstext zum nächstmöglichen Termin im Staatsanzeiger Rheinland-Pfalz auszuschreiben.

6. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

---

**Gegenstand:** **Satzung der Stadt Speyer über die Einrichtung und die Arbeitsweise des Beirates für Tourismus und Stadtmarketing**  
**[Vorlage: 0188/2019](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die Vorberatung im Ausschuss.

Herr Ableiter kritisiert, dass keine Beteiligung der Behindertenbeauftragten oder der Behindertenverbände vorgesehen ist, was er als schade empfinde, da bei der touristischen Planung immer auch Fragen der Barrierefreiheit eine Rolle spielen.

Die Vorsitzende erläutert, dass das Gremium bereits 2012 gegründet wurde und sich aus sog. geborenen Mitgliedern der Branche zusammensetzt, die um einige Einrichtungen erweitert werden. Die Behindertenbeauftragten werden, wie andere beratende Stellen auch, zusätzlich eingeladen, ohne unmittelbares Mitglied zu sein.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: Ratsmitglied BGS) die in der Vorlage vorgelegte Satzung über die Einrichtung und die Arbeitsweise des Beirates der Stadt Speyer für Tourismus und Stadtmarketing.

6. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

---

**Gegenstand:** **Satzung der Stadt Speyer über die Einrichtung und die Arbeitsweise des Seniorenbeirates**  
[Vorlage: 0189/2019](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Feinler weist darauf hin, dass bisher immer politische Vertreter Mitglied im Beirat waren. Er trägt die Entscheidung mit, wenn es Wille des Beirates ist. Frau Bürgermeisterin Kabs erläutert, dass im September bereits im Haupt- und Stiftungsausschuss darüber gesprochen wurde. Aufgabe der Beiräte ist es, die Politik zu beraten.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 3 Enthaltungen: Trageser-Glaser, Bott, Franck – SPD) die in der Vorlage vorgelegte Satzung über die Einrichtung und die Arbeitsweise des Seniorenbeirates der Stadt Speyer.

6. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

---

**Gegenstand:** Neufassung der Satzung über die Erhebung der  
Straßenreinigungsgebühr (Straßenreinigungsgebührensatzung)  
[Vorlage: 0102/2019](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme: Haupt – AfD, und 2 Enthaltungen: Hasenöhr, Kübitz – AfD) die in der Vorlage vorgelegte Neufassung der Straßenreinigungsgebührensatzung.

6. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

---

**Gegenstand:** **Satzungsänderung - Abfallgebühren- und Abwassergebührensatzung;**  
**[Vorlage: 0144/2019](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 3 Enthaltungen: AfD-Fraktion) die in der Vorlage vorgelegten Änderungen der Abfallgebühren- und der Abwassergebührensatzungen der Stadt Speyer.

**Gegenstand: Bebauungsplan Nr. 069 II Rheinufer-Nord, 2. Teilbebauungsplan "Industriehof";  
hier: Information über den Sachstand und Ergänzung zum Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB  
[Vorlage: 0099/2019](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die Beratung im Ausschuss sowie die Bustour im Sommer und diverse Begehungen. Nach intensiver Beratung im Ausschuss wurde eine Änderung im Punkt 4 vorgenommen, die in der projizierten Vorlage bereits in rot eingearbeitet ist. Vorgeschlagen wird ein urbanes Gebiet mit Schwerpunkt Gewerbe, aber kein Gewerbegebiet wie in der Austraße.

Herr Ableiter hat wesentliche Einwendungen zur Gebietsausweisung, da es der Eigentümer damit durch die Miete in der Hand hat, was sich dort ansiedelt. Alle störenden, weil lärmenden Gewerke sind damit per se ausgeschlossen. Dies wird dann auch für die Kulturschaffenden gelten und zu einer systematischen Entmietung der Gewerbetriebe führen. Die Bausubstanz sei vom Grundsatz her nicht für Wohnbebauung geeignet, weshalb auch noch eine Zerstörung der Bausubstanz zu befürchten ist. Die Redezeitüberschreitung führt zu einem Eingriff der Vorsitzenden.

Herr Reif (Fachbereichsleitung Bauwesen und Stadtentwicklung) erläutert, dass derzeit kein Rechtsrahmen im Industriehof existiert und dieser als 34er Gebiet zu werten sei. Mit Wegfall der Veränderungssperre wären dem Eigentümer dann Tür und Tor geöffnet. Die befürchtete Wohnverdichtung im urbanen Gebiet sei eine Maximalöffnungsklausel für Großstädte, die der Stadtrat so nicht zu vollziehen braucht. Anders als befürchtet, investiert der Eigentümer derzeit in die Gewerbegebäude.

Nach Einlassung von Herrn Oehlmann könnte sich der Eigentümer auch die Ausweisung eines reinen Gewerbegebietes in einem bestimmten Bereich vorstellen. Herr Reif verdeutlicht, die Einstufung als urbanes Gebiet ermöglicht die Festschreibung ganz bestimmter Bereiche. Herr Oehlmann sieht eine Staffelung in ehem. LIDL-Lager (Industriegebiet), dazwischen Gewerbegebiet und vor der Wohnbebauung Rheinufer-Nord angrenzend ein urbanes Gebiet.

Die Linke hat laut Herrn Popescu Probleme mit der Formulierung, die doch eindeutig Richtung urbanes Gebiet (MU) geht. Gewollt sei aber doch ein reines Gewerbegebiet und kein MU, weil dann die Weichen Richtung Wohnen gestellt sind. Eine Steuerung über die Miete finde bereits statt, wenn z.B. Probenräume von 250 € auf 1.400 € angehoben werden sollen; auch wenn man sich später auf 600 € geeinigt hat.

Herr Ableiter kritisiert, hätte sich die Verwaltung an die Vorgaben des Rates gehalten, würde der Zeitdruck nicht bestehen. Die Verwaltung plant nach seiner Auffassung schon wieder in Richtung Investor. Derzeit sei der Industriehof ein Gewerbegebiet und kann nicht einfach von Blei in Gold verwandelt werden. Herr Reif erwidert, dort sei Gebiet ohne BPlan – also ein Gebiet nach 34 BauGB; eingehende Anträge müssen nach der Umgebungsnutzung genehmigt werden. Da bereits Wohnungen vorhanden sind, müssten damit auch reine Wohngebäude genehmigt werden.

Herr Dr. Wilke zeigt sich überrascht von der „Beamer“-Vorlage an Stelle der im Ausschuss angekündigten Tischvorlage. Er widerspricht der Aussage, der Rat habe ein Gewerbegebiet beschlossen. Man will die gewerbliche Struktur für das Kleingewerbe erhalten. Er erinnert

daran, dass Lärmimmissionen von + 8dB am Tag in einem MU zulässig sind, was wegen des Logarithmus beträchtlich sei. Er warnt davor, Nebelkerzen zu werfen. Außerdem handelt es sich um die AUFSTELLUNG eines B-Planes.

Herr Hinderberger zeigt sich enttäuscht von dem großen Misstrauen, das der Verwaltung entgegen gebracht wird. Er erinnert an die Versammlung vor Ort mit über 100 Personen, insbesondere auch den Nutzer\*innen des Industriebofs, und die durchweg sehr positiven Reaktionen aller Anwesenden auf den Vorschlag. Nach seiner Auffassung sollte jedes einzelne Vorhaben, das evtl. strittig ist, in den Ausschuss zur Entscheidung gebracht werden.

### **Beschluss:**

Auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion fasst der Stadtrat mehrheitlich folgende Beschlüsse (bei 6 Gegenstimmen: Fraktionen AfD (3), Linke (1), Ratsmitglied BGS, Ratsmitglied WG Schneider):

Der Aufstellungsbeschluss vom 19.06.2018

1. Der Rat der Stadt Speyer beschließt, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 069 II Rheinufer-Nord, 2. Teilbebauungsplan „Industriebhof“ einzuleiten. Das ca. 11 ha große Plangebiet wird dem beigefügten Lageplan entsprechend begrenzt.
2. Für den Bereich des Industriebofs und das ehemalige Schiffer + Nicklaus Areal wird zum ersten Mal ein Bebauungsplan aufgestellt. Des Weiteren soll der Bebauungsplan Nr. 069 II den rechtskräftigen Bebauungsplan Nr. 13 S „Schlangenwühl Süd“ im Teilbereich zwischen dem Bebauungsplan „Rheinufer-Nord, 1. Teilbebauungsplan“ und Industriebhof ersetzen.
3. Ziel des Bebauungsplans 069 II ist es, den Industriebhof sowohl im Hinblick auf bedeutende Gebäude als auch auf die gewerblich geprägte Nutzungsstruktur zu erhalten und weiterzuentwickeln.

wird wie folgt ergänzt:

4. Hierzu soll die Ausweisung eines urbanen Gebietes (MU) gemäß § 6a BauNVO, differenziert nach der jeweils vorgefundenen Bestandssituation, angestrebt werden. Dabei wird, wo es die Bestandslagen erfordern, die Ausweisung eines Gewerbegebietes geprüft.

Die Verwaltung wird beauftragt parallel zur Änderung der FNPs das Verfahren zur Bebauungsplanänderung vorzubereiten.

**Gegenstand:** Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Speyer Nord II – Teilbebauungsplan Ehemaliges Bauhaus"  
hier: Auswertung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TöB) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB  
[Vorlage: 0190/2019](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Hasenöhl gibt zu bedenken, dass man angesichts des Mangels an Gewerbegrundstücken mehrstöckige Nutzungen zulassen und damit die Ansiedlung verschiedener Gewerbe in einem Gebäude ermöglichen sollte.

### **Beschluss:**

Auf Empfehlung des Ausschusses für Bauen, Stadtentwicklung und Konversion beschließt der Stadtrat mehrheitlich (bei 4 Gegenstimmen: AfD-Fraktion, Linke (1)):

1. Den Beschlussvorschlägen zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungen vorgetragenen Anregungen und Bedenken zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 008 A "Speyer Nord II – Teilbebauungsplan Ehemaliges Bauhaus" wird gefolgt.
2. Entgegen der Beschlussfassung soll das Verfahren nicht als "Bebauungsplan der Innenentwicklung" (beschleunigtes Verfahren) gem. § 13a BauGB sondern im Regelverfahren durchgeführt werden.
3. Dem entsprechend überarbeiteten Entwurf des Bebauungsplans, der Textfestsetzungen und der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB einzuleiten und die Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.



6. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

---

**Gegenstand:** **Änderung des Straßennamens der „Schwester-Petronia-Steiner-Straße“ in „Petronia-Steiner-Straße“**  
**[Vorlage: 0197/2019](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende berichtet, dass mit der Kirche hinsichtlich Namen und Hinweisschild Einvernehmen hergestellt werden konnten.

Herr Hasenöhl zeigt sich etwas verwundert über die Ansprache mit Familiennamen im Zusammenhang mit kirchlichen Würdenträgern.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Der Straßename „Schwester-Petronia-Steiner-Straße“ wird in „Petronia-Steiner-Straße“ geändert.

6. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

---

**Gegenstand:** Um- und Ausbau der Wormser Landstraße zwischen Alter Postweg  
und Austraße Ergänzung des Beschlusses vom 21.11.2017  
(Vorlagen-Nr.: 2394/2017)  
[Vorlage: 0164/2019](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der vorlegten Planung einstimmig zu.

**Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der Stadt Speyer**  
**1) Feststellung des Jahresabschlusses**  
**2) Entlastung des Oberbürgermeisters, der Bürgermeisterin und der Beigeordneten für 2018**  
**[Vorlage: 0165/2019/1](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Es erfolgt die Übernahme der Sitzungsleitung durch Herrn Friedel Hinderberger als ältestes Ratsmitglied. Nach dessen Einleitung wird der Bericht des Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses, Herrn Rottmann, aufgerufen.

Dieser erläutert, dass Speyer in der Aufarbeitung der Jahresabschlüsse auf dem Laufenden ist, was kaum eine andere Stadt in Rheinland-Pfalz vorweisen können. In diesem Zusammenhang spricht er einen namentlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus, die diese Mammutaufgabe geleistet haben und inzwischen z.T. schon in der verdienten Rente/Pension sind.

Berichtet wird über 9 Altbemerkungen, die in den nächsten 2 Jahren abgearbeitet werden, sowie über 5 neue Bemerkungen, deren Ausräumung zugesichert wurde. Der Ausschuss empfiehlt die Feststellung des Jahresabschlusses 2018 und die Entlastung des Stadtvorstandes.

Herr Hinderberger dankt für den Bericht. Es wird verwaltungsseitig mitgeteilt, dass die Stiftungsabschlüsse wegen einer Dauererkrankung zurückgestellt werden mussten, 2020 aber zeitnah vorgelegt werden.

### **Beschluss:**

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses fasst der Stadtrat einstimmig folgende Beschlüsse zum Jahresabschluss 2018 der Stadt Speyer (§ 114 Abs. 1 GemO):

#### **1) Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2018**

Der geprüfte Jahresabschluss 2018 mit allen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen festgestellt (bei 2 Enthaltungen – AfD-Fraktion):

<b>Jahresüberschuss der Ergebnisrechnung:</b>	<b>63.592,51 €</b>
<b>Finanzmittelüberschuss der Finanzrechnung:</b>	<b>1.236.602,52 €</b>

## Schlussbilanz:

A K T I V A				P A S S I V A		
	31.12.2018	31.12.2017		31.12.2018	31.12.2017	
	EURO	EURO		EURO	EURO	
1 Anlagevermögen	378.329.061,10	379.101.781,91	1 Eigenkapital	48.335.242,63	48.271.650,12	
2 Umlaufvermögen	40.751.437,00	53.188.983,48	2 Sonderposten	107.436.149,29	109.256.650,36	
3 Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00	0,00	3 Rückstellungen	58.211.888,13	54.283.197,37	
4 Rechnungsabgrenzungsposten	1.224.657,11	1.157.509,14	4 Verbindlichkeiten	206.096.357,38	220.998.048,17	
5 Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	5 Rechnungsabgrenzungsposten	225.517,78	638.728,51	
<b>Summe Aktiva</b>	<b>420.305.155,21</b>	<b>433.448.274,53</b>	<b>Summe Passiva</b>	<b>420.305.155,21</b>	<b>433.448.274,53</b>	

## 2) Entlastung des Oberbürgermeisters, der Bürgermeisterin und der Beigeordneten

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung 2018 der Stadt Speyer wird

- dem zum 01.01.2019 ausgeschiedenen Oberbürgermeister, Herrn Hansjörg Eger,
- der Bürgermeisterin, Frau Monika Kabs, sowie
- der damaligen Beigeordneten, Frau Stefanie Seiler,

Entlastung erteilt (bei 3 Enthaltungen – AfD-Fraktion).

Frau Oberbürgermeisterin Seiler und Frau Bürgermeisterin Kabs haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

**Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen**  
[Vorlage: 0201/2019](#)

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Popescu weist darauf hin, dass es in Ziffer 1. der Vorlage lauten muss: „Auf Vorschlag der Fraktion Die Linke“.

Die AfD wünscht laut Herrn Haupt getrennte Abstimmung der Positionen.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt folgende Änderungen:

1.) Auf Vorschlag der Fraktion Die Linke (bei 4 Gegenstimmen – AfD-Fraktion, WG Schneider):

Gremium:	Mitglied:	
Ausschuss für Digitalisierung (04.):	<i>unverändert</i> (Rainer Horn)	<b>neu:</b> Floris Wittner Karolingerstraße 25 <b>für:</b> Wolfgang Arndt

2.) Auf Vorschlag des Beirates für Migration und Integration (einstimmig):

Der Beirat für Migration und Integration hat sich bei seinem letzten Treffen am 03.12.2019 einstimmig dafür ausgesprochen, dem Stadtrat für die Besetzung der 3 zusätzlich berufenen Beiratsmitglieder nach § 2 Abs. 1 der Satzung der Stadt folgende Personen vorzuschlagen:

Gremium:	Mitglied:	
Beirat für Migration und Integration (13.):	Tomoko Moser	geboren in Japan seit 1998 in Deutschland seit 2003 in Speyer Kunstpädagogin Gründerin der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Vorderpfalz e.V. VHS-Dozentin
	Dr. Markus Lamm	Deutsche Staatsangehörigkeit Pastoralreferent der katholischen Dompfarrei Pax Christi Speyer Interreligiöses Forum Speyer

	Melissa Müller	Deutsche Staatsangehörigkeit Mitarbeiterin des Diakonischen Werks Pfalz Projektleitung Soziale Arbeit im Quartier - Projekt "Chancen sehen-Chancen geben"
--	----------------	---

6. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 13

---

**Gegenstand:** **Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO**  
**[Vorlage: 0200/2019](#)**

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Eine Nachfrage von Herrn Dr. Wilke zur WES GmbH als Spenderin wird verwaltungsseitig bestätigt.

**Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

**Gegenstand:   Verschiedenes  
                  Information VRN Nextbike**

Die Vorsitzende informiert zum Thema VRN-Nextbike darüber, dass interne Abstimmungen mit dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) und anderen Kommunen stattfinden. Der bestehende Vertrag läuft bis 30.04.2020.

Eine Bonus-Malus-Regelung über die Zuschussfinanzierung wäre möglich, wenn die Verfügbarkeit der Räder < 85 % beträgt. Seitens des VRN werden aktuell keine verkürzten Vertragslaufzeiten gesehen.

Die Einführung von Rent-by-App-Vermietungen könnte die Kosten senken. Deshalb laufen auch Gespräche mit den SWS hinsichtlich einer Senkung des Zuschussbedarfs als Marketingpartner oder sogar der ganzen Übernahme. Auch ein Gespräch mit den örtlichen Fahrradhändlern ist für Januar vorgesehen.



6. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15.1

---

**Gegenstand: Zinsderivate der Stadt Speyer**

Der Stadtrat nimmt die Informationen zur Kenntnis.

6. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16.1

---

**Gegenstand: Erwerb von Gewerberäumen (ehem. Apotheke) im Anwesen  
Windthorststraße 11**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Dem Erwerb der Gewerberäume im Erdgeschoss, sowie Kellerräume und 2 Stellplätze in der Tiefgarage zu insgesamt ca. 150 qm wird zugestimmt.

6. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16.2

---

**Gegenstand: Eintritt in den Erbbaurechtsvertrag vom 30.5.1988, Finkenweg 18a**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

**Beschluss:**

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Dem Eintritt in den bestehenden Erbbaurechtsvertrag vom 30.5.1988 für das Wohnungserbbaurecht Nr. 2 wird zugestimmt.

## 6. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 12.12.2019



## 6. Sitzung des Stadtrates 12.12.2019 **Stefanie Seiler**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!